

9. Das Ende der Entspannungspolitik

1. Revolutionen und Interventionen an der Peripherie

Die 70er Jahre, mit denen wir uns heute zum dritten Mal beschäftigen, waren eine merkwürdig widersprüchliche Periode. Während der Westen von der Stagflation in die wirtschaftliche Rezession taumelte, erlebte der Ostblock, v.a. die SU, wegen der Erdöl- und Erdgasbonanza einen künstlichen Boom, der alle Reformansätze überflüssig erscheinen liess und sie deshalb im Keim erstickte.

Aber auch auf politischem Gebiet waren die 70er Jahre von gegenläufigen Tendenzen gekennzeichnet. Während die Staatsmänner aus Ost und West bei gegenseitigen Besuchen und bei multilateralen Konferenzen auf die Entspannung anstieszen und im All Kosmonauten und Astronauten Bruderschaft feierten, gingen unterschwellig die Nickligkeiten weiter und häufte sich allmählich ein Konfliktpotential an, das jederzeit zu einer erneuten Verschärfung des allen wohltonenden Festreden zum Trotz keineswegs beendeten KK führen konnte.

Dem zeitgenössischen Publikum war zumeist nicht bewusst, dass weder in Moskau noch in Washington, noch nicht einmal in Bonn die selbsternannten Entspannungspolitiker im Ernst daran dachten, sich mit dem Ist-Zustand zufrieden zu geben. Während nämlich westl. Politiker auf "Wandel durch Annäherung" in Europa setzten, strebte Moskau die Absicherung seiner Eroberungen am Ende des 2.WK in Europa an, um ausserhalb des "alten Kontinents" umso ungestörter seinen Einfluss auf Kosten des Westens ausdehnen zu können. Auch in der Phase der Entspannung verfolgten also beide Seiten unterschwellig aggressive Ziele. Das waren keine guten Voraussetzungen für eine dauerhafte Vertrauensbasis. So trug die Phase der Entspannung von vornherein Elemente in sich, die ihr schliessliches Scheitern bewirkten.

Die Tendenzen zur erneuten Verschärfung des Ost-West-Konflikts vollzogen sich hauptsächlich auf drei Ebenen, die scheinbar und zum grossen Teil tatsächlich nichts miteinander zu tun hatten, aber durch die Machtpolitiker in Moskau und vor allem in Washington unwillkürlich miteinander in Verbindung gebracht wurden, so dass schliesslich ein Konglomerat von Spannungen entstand, welches den Entspannungsprozess unter sich begrub:

1. Da war zunächst einmal jene riesige geographische Zone von Südeuropa, über weite Teile Asiens und Afrikas, bis hin nach Lateinamerika, für die die Entspannungspolitik wenig bedeutete. Hier existierten z.T. massive interne Konflikte, lokale und regionale Auseinandersetzungen und schliesslich grosse und kleine Kriege, die zumeist ursprünglich mit dem KK wenig zu tun hatten,

aber durch den Interventionismus der Supermächte in die globale Konfrontation hineingezogen wurden.

2. Die Entspannungspolitik und die hand shakes zwischen westlichen und östlichen Politikern änderten nichts daran, dass Osteuropa immer noch unter dem Druck mehr oder weniger repressiver Regimes stand, die zwar etwas zivilisierter geworden waren, aber gleichwohl Oppositionelle weiterhin verfolgten und sichtlich gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheiten herrschten. Wie sollte der Westen auf Dauer Respekt vor den immer noch diktatorisch regierenden Erben Stalins gewinnen? Wie sollte ein permanenter Ausgleich zwischen so unterschiedlichen Systemen funktionieren, wenn gerade Entspannungspolitiker wie Willy Brandt "mehr Demokratie wagen" wollten? Wie, umgekehrt, mussten die Regierenden im Ostblock reagieren, wenn ihnen westliche Politiker unter Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki dauernd die Verletzung von Menschenrechten vorhielten? Die Möglichkeit friedlicher Koexistenz stiess hier an ihre Grenzen.

3. Die in der ersten Hälfte der 70er Jahre geschlossenen Rüstungsbegrenzungsabkommen und die anschliessend laufenden Verhandlungen zu deren Verbesserung erschienen als "Schritte in die richtige Richtung", wie es im Diplomatenjargon hiess. Doch der Rüstungswettlauf ging weiter. Auf beiden Seiten bemühten sich die militärisch-industriellen Komplexe ihre Machtpositionen zu erhalten, wenn nicht gar auszubauen. Neue Waffensysteme wurden eingeführt, um die militärischen Maschinerien am Laufen zu halten, und beide Seiten suchten nach immer neuen Möglichkeiten, um den Gegner, trotz aller Absprachen, zu übervorteilen. Das schuf neues Misstrauen. Hinzu kam die Tatsache, dass die Supermächte in ihrer zur Gewohnheit gewordenen Arroganz allein an ihre Interessen dachten, vielleicht noch an die Interessen der jeweils anderen Supermacht. Doch die Sicherheitsbedürfnisse der kleineren Mächte in Europa fanden keine Berücksichtigung. Angesichts des anhaltenden Schwächezustandes der USA waren jedoch gerade die Westeuropäer sehr viel selbstbewusster geworden. Sie verlangten schon bald Gehör zu finden. Dadurch entstand eine neue Situation, die die Gesamtlage komplizierte und neue Rüstungschancen eröffnete. Das Wettrüsten wurde damit erneut zum Katalysator für den Ost-West-Konflikt.

Heute werden wir uns ausschliesslich mit der ersten Ebene, also den Spannungen in der sogenannten 3.Welt, beschäftigen, denn dieses Thema ist höchst komplex.

Der Vietnamkrieg hatte gezeigt, wie wichtig Konflikte an der Peripherie für die Auseinandersetzung im KK werden konnten. Hier wie auch anderswo, etwa in Südasien auf dem indischen Subkontinent, in Indonesien, im gesamten Nahen

Osten und an vielen Stellen Afrikas hatten sich regionale, lokale und interne Auseinandersetzungen mit den Folgen einer häufig abrupten und mitunter gewaltsamen Dekolonisierung verbunden, um neue und häufig dauerhafte Krisenherde zu schaffen. Diese Krisenherde zogen die Supermächte an wie das Licht die Motten, glaubten sie doch hier ihre globalen Positionen verteidigen oder ausbauen zu müssen. Dabei hatten die Beispiele Korea und Vietnam in aller Brutalität vorgeführt, dass direkte und massive Interventionen der Supermächte kaum Gewinne versprachen, aber leicht dazu führen konnten, sich eine blutige Nase zu holen. Aus diesen Erfahrungen hätte man lernen können.

Die Folgen der Dekolonisierung waren sicherlich ein Schlüsselproblem im Drama der wachsenden Involvierung grosser Teile der 3.Welt in den KK. In Asien und Afrika kämpften die Supermächte geradezu um das Erbe der früheren europ. Kolonialmächte. Doch dies war nicht alles. In Lateinamerika ging es zudem um Befreiungsversuche gegenüber der nordamerikanischen Präponderanz, die man auch als informellen Imp. bezeichnen kann. Doch bestanden gewisse strukturelle Gemeinsamkeiten mit den Konflikten in Asien und Afrika, die etwa Che Guevarra mit seiner Forderung nach "zwei, drei, vielen Vietnams" auf den Punkt brachte. Bei all dem waren die Supermächte involviert oder involvierten sich. Dennoch waren all diese Konflikte ursprünglich eigenständiger Natur.

Das galt auch für die Auseinandersetzungen an den beiden Enden Südeuropas, der iberischen Halbinsel und dem südlichen Balkan. Diese Gebiete waren in den 70er strukturell in vieler Hinsicht als Teile der 3.Welt zu betrachten, auch wenn das offiziell, zumal bei NATO-Partnern, natürlich nicht zugegeben wurde. Aber die Auseinandersetzungen in diesen Regionen betrafen zumindest die Interessen der Supermacht USA direkt, was Folgen hatte. So lassen sich die Auseinandersetzungen an der Peripherie des KK rückschauend in gewisser Weise als Einheit begreifen, auch wenn dies natürlich den jeweils gegebenen spezifischen lokalen und regionalen Verhältnissen nicht gerecht wird.

Der Ausdruck "3.Welt" ist natürlich sehr problematisch. Er postuliert strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den relativ unterentwickelten Ländern ausserhalb der 1.Welt (westliche Industrienationen) und der 2.Welt (östliche Industrienationen). Dabei werden ganze Kontinente sozusagen in einen Topf geworfen, wo doch die einzelnen betroffenen Länder und Regionen ganz unterschiedliche historische Traditionen, Probleme und kulturelle Grundmuster aufweisen. Überdies lagen Entwicklungsstand und Entwicklungschancen dieser Länder mitunter soweit auseinander, dass Vergleiche höchst problematisch werden. Gerade in den 70er Jahren tat sich eine wachsende Kluft zwischen den sogenannten Entwicklungsländern auf. Dies war teilweise das Ergebnis

erfolgreicher Entwicklungspolitik, zunehmender Industrialisierung und Modernisierung in einigen Staaten, während andere stagnierten. Andererseits radikalisierten sich im Zuge der Bevölkerungsexplosion die Unterschiede zwischen bevölkerungsreichen und bevölkerungsarmen Ländern. Die Dollarbonanza, die sich im Zuge der Ölpreisexplosion über die erdölproduzierenden Länder ergoss, verzerrte das Bild weiter. Folgende Beispiele nach dem Stand von 1977 mögen das verdeutlichen:

	Bevölkerung	BSP pro Kopf
<u>Erdölproduzierende Staaten:</u>		
KUWEIT	1.000.000	\$ 11.640
SAUDI-ARABIEN	8.700.000	\$ 2.080
IRAN	33.020.000	\$ 1.060
ALGERIEN	16.780.000	\$ 650

Industrialisierende Staaten:

SINGAPUR	2.250.000	\$ 2.120
SÜD KOREA	33.950.000	\$ 1.060
BRASILien	107.140.000	\$ 900
THAILAND	41.870.000	\$ 300
INDIEN	600.000.000	\$ 130

Stagnierende Staaten:

NICARAGUA	2.160.000	\$ 650
BOTSWANA	690.000	\$ 270
NEPAL	12.570.000	\$ 110
MALI	5.700.000	\$ 70

Westliche Industriestaaten:

USA	203.212.000	\$ 6.640
BRD	61.645.000	\$ 5.890
GROSSBRITANNIEN	55.960.000	\$ 3.360

Östliche Industriestaaten:

DDR	16.850.125	\$ 3.430
POLEN	34.180.000	\$ 2.450

UDSSR	256.700.000	\$	1.530
-------	-------------	----	-------

Unterentwickelte Südeuropäische Staaten:

GRIECHENLAND	9.050.000	\$	1.970
PORTUGAL	8.760.000	\$	1.540
TÜRKEI	39.180.000	\$	690

Bei diesen Zahlen bleiben die z.T. gewaltigen innergesellschaftlichen Einkommensunterschiede ebenso unberücksichtigt, wie die Tatsache, dass einzelne Entwicklungsländer, wie z.B. Indien, moderne industriewirtschaftliche Inseln inmitten eines Meeres von Rückständigkeit und Massenarmut herausbildeten.

Die Bandbreite innerhalb der 3.Welt war also enorm. Es macht deshalb an sich entwicklungspolitisch mehr Sinn von einer 3.Welt (Brasilien), einer 4.Welt (Algerien) und einer 5.Welt (Mali) zu sprechen, wobei die Übergänge fließend waren.

Doch bei allen Unterschieden gab es doch zwischen den Entwicklungsländern in den 70er Jahren auffällige Gemeinsamkeiten. Wir bleiben deshalb der Einfachheit halber beim Begriff "3.Welt". Der grösste Teil dieser Staaten war nämlich überhaupt erst nach dem 2.WK entstanden, bzw. hatte seine formale Unabhängigkeit gewonnen. In diesen neuen Staaten war das politische Gefüge zumeist noch nicht gefestigt. Politische Labilität war aber auch ein Kennzeichen der älteren Staaten Lateinamerikas und Südeuropas. Gewaltige Einkommensunterschiede, der Schock häufig überstürzter Modernisierung, krasse Gegensätze zwischen Stadt und Land, Slumbildung in den Grossstädten usw. führten zu harten Klassengegensätzen und innergesellschaftlichen Kulturkonflikten, die sich in gewaltsamen Auseinandersetzungen entluden. Der traditionelle Konflikt zwischen alten, landbesitzenden Eliten und landlosen Unterschichten, der z.B. für weite Teile Lateinamerikas typisch war, wurde im Zuge der Modernisierung zudem durch die Herausbildung neuer Eliten überlagert, deren Lebensweise und Erwerbstätigkeit sich zumeist an westlichen Vorbildern orientierte.

Gerade die Führungseliten im antikolonialen Befreiungskampf, die in den meisten neuen Ländern nach der Dekolonisierung der 50er und 60er Jahre die Macht übernommen hatten, verfolgten vorwiegend westliche, manchmal auch östliche, immer aber nördliche Modernisierungsideale. Damit überforderten sie aber die breiten Massen, die immer noch in traditionellen Strukturen lebten. Dies führte

zu erheblichen Konflikten, die, wie in der islamischen Welt oder auch in Indien, Gegenbewegungen auf der Grundlage eines religiösen Fundamentalismus förderten. Da die neuen Modernisierungseliten zudem ihre eigenen Machtpositionen und ihren materiellen Wohlstand vielfach auf Kosten der Massen ausbauten, entstand in zahlreichen Entwicklungsländern ein ungeheurer Korruptionssumpf, an dem westliche Geschäftemacher intensiv partizipierten.

Stabile politische Strukturen konnten sich unter diesen Umständen nur in wenigen Ländern herausbilden. So war es kein Zufall, dass Militärdiktaturen ein geradezu typisches Phänomen in Entwicklungsländern wurden, waren doch die Streitkräfte zumeist die einzigen stabilen und damit zuverlässigen Organisationsformen in ansonsten chaotischen Gesellschaften. Auf der anderen Seite führten die enormen innergesellschaftlichen Spannungen zu gewaltsamem Widerstand gegen die herrschenden Machtverhältnisse. So tobten von 1945 bis 1975 ausserhalb Europas 29 grössere Guerrillakriege, die Millionen von Opfern forderten. Nicht überall waren die Guerrillas erfolgreich, sondern sie wurden wiederholt von Militärdiktaturen besiegt. Ganze Serien von Putschen und Putschversuchen schufen weitere Verunsicherung. In den 70er Jahren bildete sich aber eine klar erkennbare Tendenz heraus: die zunehmende Häufigkeit von linksgerichteten Revolutionen im Gefolge von Palastrevolten, Putschen, Kriegen und Massenaufständen. So etablierten sich mehr oder weniger marxistische oder sonstwie linksgerichtete Regimes in Äthiopien, Dahomey, Madagaskar, Congo (Brazzaville), Angola, Mozambique, Afghanistan, Südjemen, Vietnam, Laos, Kambodscha, Grenada, Nicaragua und Peru. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Aus der Sicht westlicher Politiker, namentlich aus der Sicht von Scharfmachern des KK in Washington erschien diese Entwicklung in mehrerer Hinsicht bedrohlich. Wirtschaftliche Interessen spielten dabei noch die geringste Rolle, hatten doch von den genannten Ländern allenfalls Angola, Nicaragua und Peru Ressourcen zu bieten, bei deren Ausbeutung westliche Wirtschaftsunternehmen in grösserem Massstab engagiert waren. Aber fast alle betroffenen Länder hatten mehr oder weniger grosse strategische Bedeutung und konnten in der globalen Auseinandersetzung des KK der SU wertvolle Militärbasen zur Verfügung stellen.

Am gefährlichsten war jedoch der Vorbildcharakter erfolgreicher linksgerichteter Revolutionen. Sie konnten auf ganze Regionen und Kontinente ausstrahlen. Dies galt v.a. für scheinbar oder tatsächlich siegreiche Guerrillabewegungen wie in Angola, Mozambique, Südostasien und Nicaragua. Deren Triumph hatte geradezu globale Ausstrahlungskraft, war doch Che

Guevarras Forderung nach “zwei, drei, vielen Vietnams” ein Alptraum für die Planer im Pentagon. Dabei schien in weiten Teilen der Welt der “low intensity warfare” von relativ kleinen Guerrilla-Einheiten die zunehmende Machtlosigkeit der traditionellen Gewaltapparate regulärer Streitkräfte zu demonstrieren (siehe Martin Van Creveld, *The Transformation of War*, New York 1991). Hinzu kam ja noch der in der gleichen Phase hervortretende angebliche oder tatsächliche Terrorismus auf der Basis einzelner Kommandos, der recht effektiv sein konnte und demgegenüber reguläre Streitkräfte aussahen wie ein Dinosaurier im Kampf mit einer Hornisse.

Bei all dem steckte die amerikanische Politik gegenüber der 3. Welt in einem offensichtlichen Dilemma: sollte sie notfalls mit Gewalt zumeist rechtsgerichtete Unterdrückungsregimes unterstützen, bzw. neu etablieren, so wie einst Südvietnam, oder sollte sie sich in das Unvermeidliche fügen und den Sieg revolutionärer Bewegungen zulassen, um anschliessend mit ihnen einen Ausgleich zu suchen? Zwischen diesen beiden Polen schwankte die amerikanische Politik hin und her.

Mit aller Härte ging Washington im Falle Chiles vor. Hier war 1970 der Sozialist Salvador Allende demokratisch an die Macht gekommen. Seine Politik der sozialen Reformen implizierte auch die Enteignung US-amerikanischer Firmen, was den Planern im State Department als Schritte in die kubanische Richtung erschien. Henry Kissinger wies deshalb die CIA an, Allendes Regierung zu destabilisieren. 1973 führte dies schliesslich zu einem brutalen Militärputsch, in dessen Verlauf Allende ermordet wurde und tausende von Menschen in Internierungslagern z.T. auf nimmer Wiedersehen verschwanden. Augusto Pinochet, der neue “prowestliche” Diktator, war zynisch genug davon zu sprechen, dass die Demokratie eben von Zeit zu Zeit in Blut gebadet werden müsse.

In Südeuropa unterstützte die Nixon-Administration ganz offen die kriminelle Militärdiktatur in Griechenland, die nicht viel Federlesens mit linken Systemveränderern machte. Als die Machthaber in Athen Anfang 1974 offen den gewaltsamen Anschluss Zyperns betrieben, um von ihren inneren Problemen abzulenken, fanden sie in Washington verständnisvolle Partner. Erst der türkische Gegenschlag, die Invasion auf Zypern im Sommer 1974, führte zum Umdenken, da ein Waffengang zwischen NATO-Partnern aus amerikanischer Sicht inopportun erschien. Der anschliessende Sturz der Obristen in GR wurde ebenfalls hingenommen.

Am anderen Ende Südeuropas, in Portugal, hatte sich die reaktionäre Diktatur

Salazars jahrzehntelang als treuer Partner des Westens erwiesen, zuletzt noch im Yom-Kippur-Krieg von 1973. Im Gegenzug hatten die USA den brutalen Krieg des portugiesischen Regimes zur Verteidigung seiner afrikanischen Kolonien gegen marxistische Guerrillabewegungen mit Waffenlieferungen unterstützt. Doch diese Kriege bluteten Portugal aus. Nach dem Tod Salazars kam es daher im April 1974 zum Putsch linksgerichteter Offiziere in Lissabon. Die Offiziere entliessen die Kolonien in die Unabhängigkeit und machten sich an die sozialistische Umgestaltung Portugals. Kissinger wollte auch hier notfalls gewaltsam intervenieren und wurde nur durch Willy Brandt an einem weiteren Abenteuer gehindert, weil der westdte. Bundeskanzler glaubhaft versichern konnte, mit Hilfe von Mitteln der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung, die damit einen konspirativen Charakter annahm, den gemässigten Sozialisten Mario Soares an die Macht zu bringen, was auch geschah. Nach diesem Erfolg geschickter Politik nahmen die USA im Jahre 1975 auch den Zusammenbruch des Franco-Regimes in Spanien klaglos hin.

In jedem Falle aber hatte die offene oder verdeckte Unterstützung für unappetitliche und häufig brutale, aber angeblich prowestliche Regimes in der 3. Welt - wobei noch zahlreiche Beispiele wie die Philippinen, Zaire, Argentinien, Brasilien usw. hinzugefügt werden könnten - dem amerikanischen Ansehen massiv geschadet. Geradezu zwangsläufig nahm jede Befreiungsbewegung unter diesen Umständen einen anti-amerikanischen Charakter an.

Der neue Präsident Jimmy Carter, ein ausgesprochener Moralist, wollte mit derartig dunklen Machenschaften nichts mehr zu tun haben und versuchte, eine Wende in der US-Aussenpolitik einzuleiten. In diesem Sinne setzte der Demokrat Carter zum Entsetzen vieler Republikaner im Congress einen Vertrag mit Panama durch, der die langfristige Rückgabe der amerikanisch besetzten Kanalzone an das mittelamerikanische Land vorsah. 1979 liess er die Machtergreifung des angeblichen Marxisten Maurice Bishop auf der kleinen Karibikinsel Grenada widerstandlos geschehen und unterstützte geradezu den Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua über die Einfamiliendiktatur des Samoza-Regimes.

Unter den Konservativen in den USA machte Carter sich mit dieser angeblichen Nachgiebigkeit viele Feinde. Umso mehr brauchte er aussenpolitische Erfolge. Dazu bot sich eine Gelegenheit, als im November 1977 der ägyptische Präsident Anwar al Sadat mit seinem überraschenden Israelbesuch eine Friedensinitiative im Nahen Osten startete. Die Carter-Administration leitete daraufhin den sogenannten Camp-David-Prozess ein, der im März 1979 zu einem Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten führte, was umso

bemerkenswerter war, als in Israel der Hardliner Menachem Begin regierte. Als Lohn für ihre Bemühungen erhielten die USA das endgültige Abrücken Ägyptens von der SU, und fanden somit einen neuen Partner im NO. Aber Ägypten zahlte für den Frieden einen hohen Preis. Zwar erhielt man die Sinai-Halbinsel zurück, doch alle weitergehenden Friedenspläne für den NO, v.a. in Bezug auf die Palästinenser, scheiterten an Begins Sturheit. Carter, der nicht auch noch die Pro-Israel-Lobby in den USA verärgern wollte, unterstützte Begins harte Haltung, sodass Ägypten quasi einen Separatfrieden mit Israel abschloss und dafür in der arabischen Welt isoliert wurde. Sadat zahlte für seinen angeblichen Verrat später mit dem Leben, als er einem Attentat zum Opfer fiel. Die USA aber hatten sich mit ihrer erneuten Unterstützung für Israel in den Augen vieler Menschen, v.a. in der 3. Welt, einmal mehr auf die Seite der Unterdrückter legitimer Befreiungsbewegungen gestellt.

Dieses Image rächte sich bitter noch im gleichen Jahr. Im Januar 1979 war im Iran das Regime des Reza Shah Pahlavi gestürzt. Pahlavi war 1953, mit Hilfe der CIA nach dem Sturz des demokrat. nationalist. Monarchs. Mossadegh auf den Pfauenthron gekommen. Für die USA war der Shah ein äusserst wichtiger Verbündeter, dessen zunehmend brutale Diktatur nach innen kommentarlos hingenommen wurde. Seit dem Ölboom von 1973 schwamm das Regime geradezu in Geld, was einerseits zu märchenhafter Korruption führte und andererseits dem Shah die Mittel in die Hand gab, seinem rückständigen Land einen Crash-Kurs in Modernisierung zu verordnen. Die dadurch hervorgerufenen Widersprüche beschworen massiven, zum grossen Teil islamistischen Widerstand herauf. Doch bis zuletzt standen die USA sichtbar auf der Seite ihres treuen Freundes Pahlavi. Dies konnte nur die Wut der Opposition gegen die USA steigern. Der neue Herrscher, Ayatollah Khomeini, hasste denn auch die Amerikaner als die Personifizierung alles Teuflischen. Die Beziehungen zwischen Washington und Teheran verschlechterten sich deshalb rapide. Am 4. November 1979 wurde schliesslich die US-Botschaft in Teheran von einer fanatisierten Menschenmenge gestürmt, und die Botschaftsangehörigen wurden als Geiseln genommen. Als das Khomeini-Regime diese Geiselnahme unterstützte und schliesslich selbst in die Hand nahm, war der Bruch vollständig. Nun begann ein Drama, das sich über zwei Jahre v.a. auf dem Rücken der Geiseln hinzog. Die Carter-Administration erwies sich als hilflos, zumal ein Kommandounternehmen zur Befreiung der Geiseln im April 1980 kläglich scheiterte. Immerhin fanden die USA schon bald Gelegenheit zur Rache, als sie nach dem Überfall Saddam Husseins auf den Iran, den Irak im Ersten Golfkrieg unterstützten.

Die Vorgänge im Iran hatten mit dem KK unmittelbar natürlich herzlich wenig zu tun. Doch die neue angebliche Bedrohung durch den "islamischen

Fundamentalismus“ verschlimmerte offensichtlich die Position der Schwäche, in der sich die USA in Bezug auf die 3. Welt anscheinend befand. So konnte es kein Wunder sein, dass die führenden Politiker der USA auf angebliche oder tatsächliche sowjet. Machenschaften in diesem Teil der Welt zunehmend allergisch reagierten.

2. Auf dem Weg in die Konfrontation

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass die sowjet. Führung entschlossen war, die krisenhafte Entwicklung in den Ländern der sogenannten 3. Welt zu ihren Gunsten auszunutzen. Durch die Entspannungsphase hatte sie in Europa den Rücken frei bekommen, während es gegenüber China nach den Grenzzwischenfällen am Ussuri zu keiner weiteren direkten Konfrontation gekommen war. Auf der anderen Seite hatte der Ostblock jedoch seit Beginn des KK global betrachtet einer belagerten Festung geglichen. Ausser phasenweise in China dauerhaft in Südostasien und Kuba hatten sich nirgendwo befreundete kommunist. Regimes finden lassen. Zudem unterhielt man zwar ausgezeichnete Beziehungen zu den nationalistischen Regimes in Ägypten, Syrien und Irak, sowie zu Siad Barre in Somalia, aber diese Staaten waren alles andere als kommunistisch, denn die einheimischen Kommunisten wurden mit aller Härte verfolgt.

Der Siegeszug revolutionärer Bewegungen in den 70er Jahren eröffnete nun neue Möglichkeiten. Der Anspruch auf die Weltrevolution, die in den Köpfen der alternden Führer in Moskau quasi als Verwirklichung von Jugendträumen - wie es Mikojan in Bezug auf Kuba einst formuliert hatte - immer noch spukte, konnte hier aufrecht erhalten werden, was gerade in Bezug auf die Rivalen in Peking nicht unwichtig war. Überdies aber liessen sich so Ausfallbewegungen aus der belagerten Festung organisieren. Dem Westen war es viel zu lange gelungen, den Grossteil des postkolonialen Erbes der früheren westeuropäischen Grossmächte zusammenzuhalten.

Der Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreichs schuf nun neue Chancen. Die SU hatte schon seit geraumer Zeit die Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique mit Waffen beliefert. Nach deren Machtübernahme boten sie sich deshalb als Bündnispartner in Afrika an. Sowjet. Hilfe war umso willkommener, als die kriegesischen Auseinandersetzungen in diesen Ländern noch keineswegs beendet waren. V.a. im südlichen Angola kämpften die Truppen Jonas Savimbis gegen die Zentralregierung und wurden dabei zunächst verdeckt und bald schon offen von Südwestafrika aus durch das

Apparheitsregime in Pretoria und indirekt auch durch die USA unterstützt. Demgegenüber lieferte die SU der Zentralregierung freigiebig Waffen und Wirtschaftshilfe und als das nicht reichte, wurden kubanische Truppen direkt im Kampf eingesetzt. Ähnlich verliefen die Dinge in Mozambique.

Am Horn von Afrika hatte die SU freundliche Beziehungen zu Somalia aufgebaut. Doch nach der Revolution in Äthiopien, wechselte die SU 1978 die Seiten zwischen den beiden traditionell verfeindeten Staaten und unterstützte fortan das prokommunistische Regime in Addis Abbeba - auch im Kampf gegen die eritreische Befreiungsbewegung. Die SU hatte sich damit fest in Afrika etabliert.

In Vietnam profitierte die SU vom Sieg des Nordens. Sowjet. Streitkräfte erhielten nun im Süden ehemalige amerikanische Basen als Stützpunkte, was aus der Sicht der USA als eine besonders perfide Provokation erscheinen musste. Auch Laos wurde zum Partner für die SU, während die Steinzeit-Kommunisten der Roten Khmer in Kambodscha sich an China anlehnten, was schon bald zum offenen Krieg mit Vietnam führte. Die vietnamesischen Erfolge in Kambodscha wiederum, die einem der mörderischsten Regimes der Geschichte ein Ende setzten, riefen eine chinesische Strafexpedition hervor, wobei sich die Volksbefreiungsarmee gegen die mit amerikanischen Beutewaffen bestens ausgerüsteten Vietnamesen blutige Nasen holten.

Ägypten ging der SU zwar durch die plötzliche Kehrwende Saddads verloren, doch dafür intensivierten sich die freundschaftlichen Beziehungen zu Syrien, dem Irak und der PLO. Dies war eine bemerkenswerte diplomatische Leistung, waren doch die Bathpartei-Regimes Hafiz el Assads in Damaskus und Saddam Husseins in Bagdad zutiefst verfeindet. Damit war die SU zu einem wichtigen Spieler im NO-Konflikt geworden.

Überdies gelang es der SU, den Dauerkonflikt zwischen Indien und Pakistan dahingehend auszunutzen, dass sich Moskau als hilfsbereiter Partner in Neu Delhi andiente, was grosse Waffenkäufe zur Folge hatte. Nur in Lateinamerika übte die Moskauer Führung auffallende Zurückhaltung, wohl um die USA nicht noch weiter, zumal in ihrer eigenen Hemisphäre zu reizen. In jedem Falle liefen die Dinge generell glänzend aus Moskauer Sicht, flossen doch obendrein die Ölmilliarden reichlich, mit denen all diese Abenteuer finanziert werden konnten.

Aus der Sicht Washingtons erschien der sowjet. Vormarsch jedoch sehr bedrohlich. So kommentierte etwa Kissinger im Jahre 1976 vor dem Congress den wachsenden sowjet. Einfluss im subäquatorialen Afrika wie folgt:

“Angola represents the first time that the Soviets have moved militarily at long

distance to impose a regime of their choice. It is the first time that the United States has failed to respond. An ominous precedent has been set. If the pattern is not broken now, we will face harder choices and harder costs in the future.”

Ähnlich äusserte sich 1978 Carters eisenhardter Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in Bezug auf Äthiopien. Ansätze zu einer Neuauflage der Containment-Politik wurden hier erkennbar. Die Entspannungspolitik geriet sichtlich in Gefahr.

Der Bruch kam ein Jahr später und vollzog sich im Streit über ein Land, für das sich bis dahin kaum jemand interessiert hatte: Afghanistan. Im April 1978 putschten sich die dortigen Kommunisten zur Überraschung Moskaus plötzlich gegen das neutralistische Regime Mohammed Daoud's an die Macht. Die USA hatten sich bezeichnender Weise für den Putsch in dem abgelegenen zentralasiatischen Land, das ohnehin zur informellen sowjet. Einflussosphäre gehörte, zunächst nicht weiter interessiert. Der Kreml wiederum sah sich nun nolens volens zur Unterstützung für die Genossen in Kabul genötigt. Diese Unterstützung war umso nötiger, als im Land Bürgerkrieg gegen islamistische Guerrillas herrschte, und die Kommunisten sich obendrein entlang von Stammeslinien spalteten. Parteichef Mohammed Taraki bat deshalb die sowjet. Führung im März 1979 um direkte militärische Intervention. Doch Verteidigungsminister Ustinow und Aussenminister Gromyko lehnten entschieden ab, da eine Intervention die Lage nur verschlimmern könne und die Unterstützung fremder Mächte für die Guerrillas heraufbeschwören würde. Breschnew erklärte Taraki wörtlich: “Wir haben diese Frage von allen Seiten beleuchtet, das Für und Wider abgewogen und ich will Dir offen sagen: Wir dürfen das nicht tun. Es würde nur in die Hände von Feinden spielen - Euren und unseren.”

Dies war eine kluge Entscheidung, doch Moskau blieb nicht dabei. Zunächst schickte man nicht nur Wirtschafts- und Militärhilfe, sondern auch “Militärberater”. Ein sowjet. Vietnam bereitete sich hier vor. Als im September 1979 Taraki von seinem Rivalen Amin gestürzt und ermordet wurde, betrachtete dies Breschnew als persönliche Beleidigung, war Taraki doch soetwas wie sein Freund gewesen. V.a. aber befürchtete der Kreml, dass Pakistan hinter diesem Vorgang stand - und Pakistan stand sowohl mit China als auch mit den USA in guten Beziehungen. Überdies gab es da ja noch die fundamentalistische Bedrohung aus dem Iran, die die islamischen Teile des sowjet. Zentralasiens berührte und deren shiitischen Ableger in Afghanistan kämpften.

Angeichts dieser Gefahren war das Regime Amins ein äusserst unsicherer Partner, der zumindest kaum geeignet schien, die Stabilität im Lande zu erhöhen. Eine Studie des KGB empfahl daher, den sofortigen Sturz Amins herbeizuführen. Eine Militärintervention könne dies leicht bewerkstelligen, so legte der Bericht nahe. Überdies durfte Moskau hoffen, das ein einmal etabliertes effizientes Regime in dem rückständigen Land als Modernisierungsdiktatur wirken konnte und so schnell populär werden würde. An diesem Punkt aber zeigte sich, dass auch die Herren im Kreml die Verhältnisse in vielen Ländern der 3. Welt nicht besser verstanden als ihre Gegenspieler in Washington. Was in den Augen europäisch denkender Männer als wünschenswerte Fortschritte erscheinen mochte, nämlich Landreform, verbesserte Infrastrukturen, Ausbau des Schul- und des Gesundheitswesens und die Gleichberechtigung der Frauen, konnte in Afghanistan nur den erbitterten Widerstand einer weitgehend archaisch strukturierten Bevölkerung hervorrufen.

Am 12. Dezember 1979 beschloss das Politbüro in Moskau jedenfalls den Einmarsch in Afghanistan. Zur Ehre der milit. Führung muss jedoch festgestellt werden, dass die Marschälle der Roten Armee vor dem Einmarsch gewarnt hatten, denn die Truppen seien nicht bereit. Dies jedenfalls behauptete später der damalige Generalstabschef Marschall Sergej Akromajew. Tatsächlich waren die logistischen Probleme nicht gelöst, und die Moral der usbekischen und tadschikischen Truppenteile brach sofort zusammen. Sie verkauften häufig ihre Waffen für Ausgaben des in der SU schwer erhältlichen Korans und v.a. für Rauschgift. Schon bald sollte sich herausstellen, dass die sowjet. Führung sich mit diesem Einmarsch ihr eigenes Vietnam bereitet hatte. Ein furchtbarer Guerrillakrieg begann, in dem immer mehr sowjet. Soldaten eingesetzt werden mussten und der rasch steigende Verlustzahlen forderte. Waffenlieferungen von aussen, v.a. durch die USA von Pakistan aus, rüsteten die Guerrillas auf und brachten die sowjet. Soldaten in arge Bedrängnis. Im Dezember 1979 begann in Afghanistan eine Tragödie, die das Land dauerhaft destabilisierte und hunderttausende von Opfern forderte. Aber auch die Rückwirkungen auf die SU waren äusserst schwerwiegend.

Als am 27. Dezember 1979 die mehr als 50.000 sowjet. Truppen mit modernstem Gerät in Afghanistan einfielen und in Kabul Diktator Amin liquidierten, ging ein Aufschrei durch die Welt. Die Kremlherren hatten einmal mehr ihr wahres Gesicht gezeigt, so hiess es. In Peking herrschte offene Empörung, was die Bereitschaft zur strategischen Zusammenarbeit mit den USA erhöhte. Auch andernorts, so etwa in Westeuropa machte sich Bestürzung breit. Am lautesten aber war die Reaktion aus Washington. Hier befand man sich bereits im Vorwahlkampf, in dem die liberale Carter-Administration, nicht zuletzt

wegen des Geiseldramas in Teheran, gegenüber den Republikanischen Falken mit dem Rücken zur Wand stand. Eine harte Antwort an Moskau war deshalb unumgänglich. Der Moralist Carter war aber wohl auch tatsächlich persönlich erschüttert. Sein scharfmacherischer Sicherheitsberater Brzezinski bestärkte ihn in dieser Haltung. Wenige Monate später liess sich derselbe Brzezinski in martialischer Aufmachung mit einer Maschinenpistole in der Hand am Kyber-Pass, an der pakistanisch-afghanischen Grenze von der Weltpresse fotografieren. Er hatte wohl mit Moskau ein persönliches Hühnchen zu rupfen, war doch seine Heimat Polen schon 1939 und 1944 ein Opfer sowjet. Machtpolitik geworden und hatte doch dort der KK begonnen. Zudem empfanden militärische und politische Kreise in Washington schon bald eine wachsende Schadenfreude über das sowjet. Äquivalent zu Vietnam.

Am 28. Januar 1980 hielt Präsident Carter vor beiden Häusern des Congress seine jährliche „State of the Union Address“. Sie wurde zu einer Abrechnung mit der SU. Völlig masslos geworden, bezeichnete Carter die Invasion Afghanistans als “the gravest threat to world peace since World War II”. Er warnte Moskau, dass die SU für diesen Schritt einen “konkreten” Preis werde bezahlen müssen. Geradezu hysterisch erschien seine Drohung, dass jede weitere sowjet. Expansion in Richtung auf den Persischen Golf von den USA mit Gewalt beantwortet werden würde, als wenn die Kremelführung soetwas überhaupt beabsichtigt hätte. Offenbar hatte Carter die geostrategische Lage nur auf einem sehr kleinen Globus studiert und war dabei zu der abstrusen Ansicht gelangt, Afghanistan sei nicht weit vom Meer und vom Zugang zu den Ölquellen des NO entfernt. Diesen finsternen Drohungen liess Carter lächerliche Sanktionen folgen, wie ein Verbot sowjet. Fischerei in US-Küstengewässern, sowie einem begrenzten Ausfuhrverbot für Agrarprodukte und Hochtechnologie-Ausrüstungen. Schwerer wog schon die Drohung, die für den Sommer 1980 in Moskau geplanten Olympischen Spiele zu boykottieren und alle westlichen Staaten zu einem ähnlichen Boykott aufzurufen.

Diese Boykott-Drohung besass erheblichen Symbolwert, denn sie stellte die als weiteren Höhepunkt der Entspannung gedachte Sommerolympiade in Moskau infrage - die angeblichen Spiele des Friedens und der Völkerverständigung. Als diese Androhung tatsächlich wahr gemacht wurde, war die Entspannung weithin sichtbar tot.

Doch der sowjet. Einmarsch in Afghanistan, der gewissermassen die west-östlichen Positionskämpfe in der 3.Welt auf die Spitze trieb, war bei weitem nicht der einzige Grund für das Ende der Entspannungsphase. Die anderen Ursachen und die Folgen dieser Entwicklung sind das Thema der nächsten

Sitzung.